



Spitzensteuersatz für überhöhte Managergehälter deutlich anheben

Pressemitteilung von Ulrich Maurer, 17. Dezember 2007

"Klaus WieseHügel hat recht", meint Ulrich Maurer, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE, "wenn er die SPD in Bezug auf maßlose Managergehälter Heuchelei vorwirft":

Wenn die SPD in Bezug auf maßlose Managergehälter mehr will als wohlfeile Wahlkampfparolen, braucht sie keine Arbeitsgruppe, sondern konkretes Handeln. Doch alle SPD-Abgeordneten hatten im November den Gesetzentwurf der LINKEN zur Begrenzung der Managergehälter auf das 20fache des Arbeitnehmereinkommens und zum Verbot der Managerbezahlung mit Aktienoptionen abgelehnt.

Wer eine gesetzliche Begrenzung ablehnt, muss wenigstens dafür sorgen, dass die Manager-Millionen angemessen besteuert werden. IG-BAU-Chef WieseHügel hat deshalb recht, wenn er eine Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 50 Prozent und mehr fordert. Der würde dann auch den einen oder anderen Betriebsratschef von Großkonzernen auf den Boden der Tatsache der Ungerechtigkeit bei der Einkommensverteilung zurückholen.

Das geschlossene Aufheulen der Wirtschaftsverbände und die neuerliche Drohung mit der Verlagerung von Konzernzentralen jedenfalls können kein Maßstab für die notwendigen politischen Entscheidungen sein. Den Karren ziehen nicht die Manager, sondern die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Doch die müssen auch 2007 wieder eine reale Minusrunde quittieren.